



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Jutta Haug
Mitglied des
Europäischen Parlaments

EU/EP: Atomenergie/ Japan

Straßburg, 7.4.2011

PRESSEMITTEILUNG

Jutta HAUG: "Europäisches Parlament nicht entschlossen genug" **Europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie muss Konsequenz aus der** **Sicherheitsdebatte sein**

Als "nicht entschlossen genug" bezeichnete die SPD-Europaabgeordnete **Jutta HAUG** die Reaktion des Europäischen Parlaments auf den atomaren Unfall in Japan. "Notwendig wäre eine deutliche Forderung nach einem schnellen Ausstieg aus der niemals restrisikofreien Atomkraft. Konservative Mehrheiten und nationale Interessen im Europäischen Parlament haben dies jedoch verhindert", beklagte **Jutta HAUG**. Entsprechende Initiativen fanden im Europäischen Parlament am Donnerstag nicht die notwendige Mehrheit. Eine Resolution des Europäischen Parlaments zu den Lehren aus Fukushima kam nicht zustande.

"Eine nur aus Selbstverständlichkeiten bestehende Resolution zu verabschieden macht keinen Sinn. Notwendig wäre nicht nur ein Appell an die EU-Kommission, einen klaren Zeitplan für die von ihr geplanten Stresstests aller europäischen Atomkraftwerke zu erstellen und unabhängige Experten zu benennen, die für die Erstellung und Durchführung der Stresstests verantwortlich sind", kritisierte **Jutta HAUG**. "Es muss vielmehr auch deutlich gemacht werden, dass laufende Atomkraftwerke bei festgestellten Schwächen auch sofort und endgültig vom Netz müssen. Ansonsten bleiben Stresstests und Moratorien eine bloße Beruhigungsspielle", stellte sie klar.

Ebenso forderte sie, einheitliche, strenge und verbindliche Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke auf der europäischen Ebene festzulegen. "Einige EU-Mitgliedstaaten haben nichts gelernt und planen den Bau weiterer Atomkraftwerke. Die Folgen eines nuklearen Unfalls machen jedoch an Landesgrenzen nicht halt und können schnell zu einer europaweiten Katastrophe führen", erklärte **Jutta HAUG** nicht zuletzt mit Hinweis auf die unmittelbar benachbarten Niederlande, wo der Bau weiterer Reaktoren vorangetrieben werden soll. Sie forderte deshalb auch eine Reform des EURATOM-Vertrags, der die Atompolitik in ihrer bisherigen Form fördert.

Ebenso rief sie die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, umgehend Strategien für den Ausstieg aus der Atomenergie zu erstellen. "Dazu gehört, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen im Bereich Energieeffizienz, bei der Förderung Erneuerbarer Energien und beim Ausbau der Netzinfrastruktur deutlich erhöhen. Hier liegt das größte ungenutzte Potential", so **Jutta HAUG** abschließend.

Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.:+32 228 37595

Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018
Mail: europabuero@jutta-haug.de, Homepage: www.jutta-haug.de